

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sandra Stein, Dr. Ophelia Nick, Dr. Anja Reinalter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 21/6008 –

Für ein Handwerk mit Zukunft

A. Problem

Die Fraktion schickt ihrem Antrag voraus, dass die Schlüsselrolle des Handwerks als zentraler Stabilitätsanker der heimischen Wirtschaft bislang nicht ausreichend berücksichtigt werde. Die Bundesregierung habe es unter anderem versäumt, mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität das Handwerk durch direkte Aufträge zu stärken. Zudem blieben kleine Handwerksbetriebe mit Bürokratie, der Stromsteuer, dem Fachkräftemangel und fehlenden Investitionsanreizen belastet. Die antragsstellende Fraktion fordert die Bundesregierung zu 26 Maßnahmen auf, um das Handwerk zu stärken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/6008 abzulehnen.

Berlin, den 14. Oktober 2026

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Christian Frhr. von Stetten
Vorsitzender

Dr. Saskia Ludwig
Berichterstatlerin

Enrico Komning
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Saskia Ludwig und Enrico Komning

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 21/6008** wurde in der 80. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Mai 2026 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung und an den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion fordert die Bundesregierung zu 26 Maßnahmen auf. Die Stromsteuer sei sofort und dauerhaft für alle Betriebe und Haushalte auf das europäische Mindestmaß zu senken. Bürokratie müsse abgebaut und das Instrument der Praxis-Checks ausgeweitet werden. Zudem solle die Ist-Versteuerungsgrenze auf 2 Millionen Euro angehoben werden, das sogenannte Sonntagsbackverbot für Handwerksbäckereien aufgehoben und digitale Plattformen für Unternehmensnachfolgen und Verwaltungsvorgänge geschaffen werden. Gründungen und Selbständigkeit sollten gefördert und die Attraktivität von Ausbildungen gerade im ländlichen Raum gestärkt werden. Die Berufsorientierung sei systematisch auszubauen und überbetriebliche Bildungsstätten und Berufsschulen sollten modernisiert werden. Darüber hinaus solle die Bundesregierung eine bundesweite Fachkräfteoffensive für klimarelevante Handwerksberufe auflegen und die Fach- und Arbeitskräftegewinnung für das Handwerk vereinfachen, unter anderem durch die Beschleunigung der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. Lokale Netzwerke und die sichere und nachhaltige Digitalisierung im Handwerk seien zu fördern. Außerdem solle die Bundesregierung ein differenziertes Gewerbemietrecht einführen, den Runden Tisch Klimahandwerk neu aufsetzen und sich für eine starke Demokratie, Beteiligung und Transparenz in Handwerkskammern einsetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/6008 in seiner 46. Sitzung am 14. Oktober 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/6008 in seiner 50. Sitzung am 14. Oktober 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 21/6008 in seiner 34. Sitzung am 14. Oktober 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 21/6008 in seiner 39. Sitzung am 14. Oktober 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 21/6008 in seiner 31. Sitzung am 14. Oktober 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU,

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Verkehrsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/6008 in seiner 40. Sitzung am 14. Oktober 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 21/6008 in seiner 31. Sitzung am 14. Oktober 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung** hat den Antrag auf Drucksache 21/6008 in seiner 35. Sitzung am 14. Oktober 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 21/6008 in seiner 32. Sitzung am 14. Oktober 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 21/6008 in seiner 53. Sitzung am 14. Oktober 2026 abschließend beraten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte einleitend ihren Antrag. Die handwerklichen Betriebe seien wichtige wirtschaftliche Akteure, gerade auch im ländlichen Raum. In den Betrieben würden häufig junge Menschen ausgebildet und Menschen aus anderen Ländern in den Arbeitsmarkt integriert. Die Fraktion unterstrich die Forderungen die Stromsteuer für alle zu senken, die Entbürokratisierung, die stärkere Berücksichtigung von kleinen Betrieben bei der Gesetzgebung und die Aufhebung des Sonntagsbackverbots.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, es sei grundsätzlich wichtig über das Handwerk zu sprechen. Der Antrag sei allerdings geprägt von der politischen Agenda der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Beispielsweise würden in dem Antrag ein differenziertes Gewerbemietrecht für soziale Einrichtungen und die Ausweitung von Zuwanderungswegen gefordert. Dabei gebe es in Deutschland 3 Millionen Arbeitslose und im Jahr 2024/2025 hätten 65.000 junge Menschen keinen Schulabschluss gemacht. Es wäre sinnvoll, die jungen Menschen zu einem Beruf im Handwerk zu qualifizieren, die bereits in Deutschland seien.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, das Handwerk sei ihrer Fraktion grundsätzlich sehr wichtig und sie befürworteten Maßnahmen wie die Senkung der Stromsteuer, den Abbau von Bürokratie und eine zentrale Anlaufstelle für eine Gründungsberatung. Allerdings gehe es in dem Antrag mehr um die Ideologie der antragstellenden Fraktion als um das Handwerk selbst. Dabei habe die den Antrag prägende Klima- und Einwanderungspolitik zu dem wirtschaftlichen Abstieg Deutschlands geführt. Die Fraktion kritisierte zudem den Begriff des Klimahandwerks.

Die **Fraktion der SPD** bedankt sich bei der antragstellenden Fraktion für die Hervorhebung der Bedeutung des Handwerks für Wertschöpfung, Beschäftigung und Transformation. Die Fraktion der SPD teile das Ziel, das Handwerk als wichtigen Bestandteil des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu stärken und kleinen und mittleren Betrieben verlässliche Rahmenbedingungen zu bieten. Allerdings sehe der Koalitionsvertrag ohnehin weniger Dokumentations- und Berichtspflichten sowie bessere Ausbildungsbedingungen vor. Außerdem enthalte der Antrag keine ausreichenden Angaben zu Finanzierung und Umsetzbarkeit.

Die **Fraktion Die Linke** führte aus, sie teilten das Anliegen, kleine und mittlere Handwerksunternehmen zu stärken. Sie seien Innovationstreiber und ihre Diversität trage dazu bei, dass Regionen sich nicht zu stark von einer bestimmten Technologie abhängig machten. Allerdings fehle in dem Antrag die sehr entscheidende Perspektive der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben, beispielsweise in Bezug auf Arbeitsbedingungen und

Löhne. Konkret fehle eine Forderung nach der konsequenten Nachschärfung des Tariftreuegesetzes. Daher enthalte sich die Fraktion.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion die Linke, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/6008 zu empfehlen.

Berlin, den 14. Oktober 2026

Dr. Saskia Ludwig
Berichterstatlerin

Enrico Komning
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.